

# Die Zeichen stehen wieder auf Separation

**Verhaltensauffällige Kinder** Baselbieter SP-Parlamentarier reichen heute mehrere Vorstösse zur integrativen Schule ein. Das Ziel: mehr Sonderschulangebote. Vor allem für die Störenfriede.

**Leif Simonsen**

Es klang gut. Alle Kinder sollten in die Regelschule gehen können. Körperlich Behinderte, Lernschwache, Verhaltensauffällige. Das eidgenössische Sonderpädagogik-Konkordat, das 2011 in Kraft trat, strebte nach dem Ideal der Chancengleichheit. Heute zeigt sich: Die Idee war gut gemeint, aber auch etwas naiv.

Lehrerinnen und Lehrer in der ganzen Schweiz kritisieren die integrative Schule. In Basel-Stadt haben sie eine Volksinitiative zur (Wieder-)Einführung von Förderklassen für jene lanciert, die nicht in den Regelunterricht integriert werden können. In der Waadt wurde eine Regierungsrätin abgewählt, weil sie sich für die integrative Schule eingesetzt hat. Und in Zürich förderte eine Umfrage unter Lehrerinnen und Lehrern zutage, dass eine Rückkehr zu Kleinklassen erwünscht sei.

Jetzt folgt Baselland. Die SP-Landratsmitglieder Miriam Locher und Jan Kirchmayr reichen heute mehrere Vorstösse zum Thema ein. Beide sind Lehrer, beide sind der Meinung, dass es auch im Landkanton, der seit 2013 dem Sonderpädagogik-Konkordat angehört, so nicht weitergehen könne. Im Fokus stehen vor allem die sogenannten Verhaltensauffälligen. Jene, die die ganze Zeit stören, nicht mitmachen, sich destruktiv verhalten oder respektlos sind.

Locher schreibt in ihrer Motion, in der sie «zusätzliche Sonderschulangebote» fordert: «Wenn ein Klassenverband nicht mehr funktioniert, weil es in einer Klasse zwei oder drei oder noch mehr verhaltensauffällige



Nur wenn alle mitmachen, funktioniert die integrative Schule. Nun sagt die Baselbieter SP: Das Modell brauche Überarbeitung. Symbofoto: Keystone

Schülerinnen und Schüler hat, dann hat dies Einfluss auf das ganze Gefüge.» Die Verhaltensauffälligen zögen die Aufmerksamkeit auf sich – die Leistungsstarken könnten dies kompensieren, die Schwächeren würden den Anschluss verlieren.

## Mehr Sonderschüler

Locher verweist auf die gestiegene Anzahl Sonderschüler im Baselland. Zwischen dem Schuljahr 2017/2018 und 2022/2023 ist sie

von 390 auf 513 gestiegen. Locher regt daher an, das Angebot der staatlichen Sonderschulen «zu überprüfen und wenn nötig auszubauen». In einem anderen Vorstoss fordert sie, dass eine Vernetzung von der Regelschule in die Sonderschule vereinfacht wird. Heute sei es so, dass alle Massnahmen in der Regelschule ausgeschöpft werden müssten.

«Das kann schnell länger als ein Jahr dauern», sagt Locher. Besonders, wenn das Kind leide,

sei das zu lang. «Es muss in der Kaskade eine Art Notausgang eingebaut werden, der für Schülerinnen und Schüler, bei denen sich früh ein separativer Weg als Lösung abzeichnet, benutzt werden kann», sagt die SP-Präsidentin.

Kirchmayr setzt sich derweil für separative Lösungen innerhalb der Schulen ein. Er reicht einen Vorstoss ein, in dem er die Schaffung von Lernräumen in den Schulhäusern anregt. In die-

sen sollten Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden, «die für eine befristete Zeit im Unterricht nicht tragbar sind oder aus psychischen Gründen nicht teilnehmen können», wie er schreibt. In diesen Lernräumen könnten die Schüler ihr Verhalten überdenken und sich den Anforderungen eines geordneten Unterrichts anpassen. Kirchmayr nennt die Sekundarschule Liesetal als Beispiel, wo bereits ein solcher Lernraum existiert.

Dass die integrative Schule ausgerechnet vonseiten der Baselbieter SP unter Druck gerät, ist bemerkenswert. Schliesslich war es der Sozialdemokrat Urs Wüthrich (1954–2022), der in seiner Rolle als Bildungsdirektor die schulische Integration umsetzte. Bei der Integration handle es sich «nicht um ein politisches Experiment, sondern das Recht der Kinder», wie er 2013 sagte.

## Keine Notbremse

Wüthrichs Parteikollegen müssen sich heute, zehn Jahre später, mit der Frage auseinandersetzen, ob die integrative Schule gescheitert ist. So weit, sagt Miriam Locher, würde sie nicht gehen. «Aber die Erfahrung zeigt, dass das ganze System überarbeitet werden muss. Die Anforderungen an die Schule und das ganze Schulumfeld haben sich massiv gewandelt.»

Die Integration um jeden Preis sei auch in der Vergangenheit von der SP kritisch gesehen worden. Denn sie nehme «unglaublich viele Ressourcen» in Anspruch, sagt Locher. Und dagegen stellten sich jeweils die Rechtsbürgerlichen.

Auch Jan Kirchmayr betont, bei der integrativen Schule nicht die Notbremse ziehen zu wollen. Es gehe darum, sie «zu mässigen», damit das Schulsystem nicht an seine Grenzen stosse.

Die Chancen, dass die Vorstösse der SP im Landrat eine Mehrheit finden, dürften gut stehen. Kritik an der integrativen Schule sowie an der Abschaffung der Kleinklassen wird in der Regel von den Bürgerlichen geübt – und das auch gerne etwas lauter als von der SP.